Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 266 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,53, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801 abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 4. Juni

Anzeigenpreis: Diesige Interessenten je Zeile 50 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Sonnabend-Ausgabe Extra. Erfüllungsort Halle-Saale
Geschäftsstelle Berlin Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Wachsende Erregung in den Rheinlanden

Arbeiterführer verlangen die Verhaftung des Hochverräters Dorten — Streiks gegen die Republik — Offene Erregung in Mainz — Senegalneger und Maschinengewehre zur Bekämpfung des Unwillens

Tumulte in Mainz

(Drahtmeldungen unseres rheinischen Berichterstatters.)

Frankfurt a. M., 3. Juni.

In Höchst a. M. proklamierten heute morgen die Arbeiter den Generalstreik, der sofort durchgeführt wurde. Die Arbeiter der Farbwerke und anderer industrieller Unternehmungen feiern. Sämtliche Läden sind geschlossen. Um 1 Uhr mittags wurden die Geschäftsinhaber von der französischen Behörde gezwungen, wieder zu öffnen. In Mainz streiken Tausende von Arbeitern. Sie protestierten im Stadthause gegen die Verhaftung der sozialdemokratischen Führer. Die französische Gendarmerie, die versuchte, die Menge auseinander zu treiben, wurde tätlich angegriffen und verprügelt. Erst das Militär konnte den Platz säubern. Jetzt ist das Stadthaus im weiten Umkreis abgesperrt und durch Maschinengewehre gesichert. — In Bibrach führte die aufgeregte Stimmung zu einem bedenklichen Zusammenstoß. Ein französischer Offizier mißhandelte einen Straßenbahnführer mit der Reitpeitsche, da er auf sein Geheiß nicht halten wollte. Der Führer versetzte darauf mit dem Fahrthebel dem Offizier einen so unglücklichen Schlag, daß dieser sofort tot zusammenbrach. Dem Mann, dessen Verhaftung durch französische Soldaten von der drohenden Menge abgewehrt wurde, gelang es, das unbesetzte Gebiet zu erreichen. Die französische Militärbehörde hat heute in Mainz und in Wiesbaden angeordnet, daß Senegalneger aufgeboten werden, um die gegen die Loslösungsbestrebungen demonstrierenden Arbeiter in Schach zu halten und von den Straßen zu vertreiben.

Frankfurt a. M., 3. Juni.

Ueber die Vorgänge in Wiesbaden wird noch mitgeteilt: Im Rathaus fand eine Magistratssitzung statt, der der neue französische Stadtkommandant beiwohnte. Man besprach die öffentlichen Anschläge und es wurde von der französischen Behörde die sofortige Einstellung des Streiks gefordert. Im Weigerungsfalle sollte die Lebensmittelversorgung eingestellt und die Verkehrserleichterungen aufgehoben werden. Verweigerung der Arbeit wird vom Kriegsgericht geahndet. Auch mit den Arbeiterführern wurde verhandelt. Diese stellten folgende Bedingungen:

Sofortige Verhaftung des Präsidenten Dorten wegen Hochverrats,
Erklärung der Besatzungsbehörden, daß sie außerhalb der Bewegung stehen,
Genehmigung der Abhaltung öffentlicher Versammlungen am Schloß.

Sämtliche Forderungen wurden abgelehnt. Der Sitz der neuen Regierung ist das Landeshaus.

Die Hessenregierung gegen den Hochverrat

Darmstadt, 3. Juni.

Die hessische Regierung hat gegen die völkerrechtswidrige Verhaftung des Kammerpräsidenten Adelung und anderer politischer Führer in Mainz eine energische Protestnote an den französischen Oberbefehlshaber General Mangin gerichtet. Abgeordnete aller Parteien der hessischen Volkskammer erheben Protest gegen die Ausrufung einer Sonderrepublik der Provinz Rheinhessen. Sie wissen, daß es sich hier um landesverräterische Machenschaften einer kleinen Gruppe zweifelhafter Leute handelt, von denen das gesamte Volk nichts wissen will. „Diese Leute betreiben in schmachvoller Weise mit Hilfe der fremden Besatzung die Zerstückelung unseres Vaterlandes. Nur im großen Rahmen unseres Volkes könnt Ihr Eure Freiheit und Sonderart genießen. Deshalb steht treu zum hessischen Vaterlande!"

Berlin, 3. Juni.

Wie wir erfahren, traten die Mitglieder der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung heute nachmittag um 6 Uhr noch einmal zu einer Konferenz mit den Abgeordneten der besetzten Gebiete zusammen, um weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Umtriebe im Rheinland zu erörtern.

Leere Versprechungen

Zürich, 3. Juni.

Wie aus politischen Pariser Kreisen mitgeteilt wird, haben die Entente-Staatsmänner einen vollständigen Plan für die Zerstückelung Deutschlands ausgearbeitet, im Falle Deutschland den Friedensvertrag nicht unterzeichnet. Wie weiter mitgeteilt wird, wurden den rheinischen Hochverrätern von französischen Unterhändlern bestimmte Versprechungen in der Richtung gemacht, daß einer rheinischen Republik die Zahlung einer Kriegsentschädigung erlassen werde.

Was die feindliche Presse sagt

Berlin, 3. Juni.

Von maßgebender Stelle wird erklärt: Die Agence Havas leiht, wie nicht anders zu erwarten war, den rheinischen Hochverrätern ihre tätige Mithilfe. Die Agentur telegraphiert am 31. Mai aus Aachen folgenden Stimmungsbericht in die Welt: „Das Volk der Rheinrepublik will sich dem Haß und der Verachtung entziehen, die die ganze Welt allem zuteil werden läßt, was deutsch ist." — Diese Meldung der Agentur ist denn doch zu durchsichtig, als daß sie die Wirkung erzielen könnte, die von ihr beabsichtigt ist.

Versailles, 3. Juni.

Die Proklamation der rheinischen Republik beschäftigt die gesamte Abendpresse, die das Ereignis freudig begrüßt. Der „Temps" behauptet, daß die Proklamation keineswegs auf die künftige Zerstückelung Deutschlands hinzielen. Es handle sich lediglich darum, daß die rheinische Bevölkerung der preußischen Herrschaft entrinnen wolle, ohne ihr deutsches Vaterland zu verleugnen. Deutschland erhalte so innerlich ein besseres Gleichgewicht, und dem Frieden werde eine neue Bürgschaft gebracht. Uebrigens seien die Ereignisse im Rheinland nur die Durchführung des Programms der deutschen Regierung, das der Staatssekretär Preuß im Januar formuliert habe. Aber diese natürliche Entwicklung erzege die Führer in Berlin, die heute schon ihren dameligen Standpunkt vergessen hätten. Der „Intransigeant" glaubt, daß durch die Proklamation alle deutschen Racheplänne hinfällig werden. Es handle sich um ein endgültiges Ereignis. Das Rheinland sei auf 15 Jahre besetzt, und in 15 Jahren werde es für Deutschland zu spät sein, die deutsche Einheit wiederherzustellen. Sembat fragt in der „Heure", ob die Entente wirklich die Hand nicht mit im Spiele hätte. Es wäre gar nicht überraschend, wenn die alliierten Heerführer unter der Hand die Ereignisse provoziert hätten. Sembat rät von jeder Einmischung ab. Wenn ein Fremder diese Bewegung fördere, bestehe die Gefahr, daß die deutsche Bevölkerung sich dagegen stemme. Weiter besehe die Gefahr, daß die Bewegung unter Führung der Alliierten rückschrittlich und unsozial sei.

Lewiné zum Tode verurteilt

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

München, 3. Juni.

Heute wurde im Prozeß Lewinie-Nissen das Urteil gefällt. Lewiné wurde wegen Hochverrates zum Tode verurteilt. Als das Urteil verkündet wurde, rief er laut in den Saal: „Es lebe die Weltrevolution!" Von den übrigen Angeklagten wurden Dr. Salz und Bodo Schmidt freigesprochen und der gegen sie erlassene Haftbefehl aufgehoben.

Paris streikt weiter

Versailles, 3. Juni.

Die Ausstände in Paris dauern fort. Die Zahl der ausständischen Arbeiter wird von den Blättern sehr verschieden angegeben. Während die nationalistischen Blätter die Zahl auf 100 000 bis 200 000 schätzen, erklären die sozialistischen Blätter, es handle sich um mindestens 4—500 000 Streikende. Der Arbeitsminister hat das Streikkomitee der Metallarbeiterverbände auf heute vormittag zu einer Besprechung der Lage in das Arbeitsministerium beschieden. Gestern in später Nachtstunde traten die Arbeiter und Angestellten der Pariser Untergrundbahn zusammen, um den Generalstreik zu erörtern. Das Ergebnis der Sitzung ist den Morgenblättern noch nicht bekannt. Jedoch befürchten zahlreiche Blätter, daß die Untergrundbahn heute nicht mehr verkehre. Die Bewegung scheint auf die Gewerkschaften der Maler und der Zuckerarbeiter überzugreifen.

Wie „Matin" mitteilt, herrschte gestern in den Wandelgängen der Kammer große Erregung und Besorgnis über die Ausstände und die innere Lage. Nachmittags hatten zahlreiche Politiker lange Besprechungen mit Clemenceau. Verschiedene Deputierte beabsichtigten, über die Ausstände zu interpellieren. Wie „Matin" berichtet, nimmt die Bewegung auch in der Provinz zu. In Nordfrankreich liegen sämtliche Bergwerke still. In Bordeaux feiern 20 000 Arbeiter, darunter sämtliche Metallarbeiter. Im ganzen Gebiet von Grenoble, Isère und Savoyen erklärten sämtliche Metallarbeiter sowie die Gewerkschaften der Bauarbeiter, Schuhmacher, Schneiderarbeiter und Transportarbeiter den Streik. In Clermont und Vienne schlossen sich mehrere Gewerkschaften der Bewegung an.

Wie es in der Demokratischen Partei aussieht

Die „Demokratische Partei-Korrespondenz" zeigt einen ungemeinen Eifer, fortgesetzt Verdächtigungen und Beschuldigungen gegen die Deutschnationale Volkspartei zu erheben, selbst wenn sie den Anlaß dazu an den Haaren herbeiziehen, oder durch die plumpste Verdrehung der Tatsachen erst schaffen muß. Es wird allmählich für jeden ersichtlich, daß diese ganze Mache nur den Zweck hat, die Aufmerksamkeit von unbequemen Dingen abzulenken, nämlich von den Zuständen in der eigenen Demokratischen Partei. Es ist ja ein offenes Geheimnis, Unklarheit und Uneinigkeit herrschen in der Demokratischen Partei derartig, daß nutzbringende Arbeit schließlich überhaupt nicht mehr wird geleistet werden können. Der allenthalben beobachtete fabelhafte Stimmenschwund, die Lossagung bekannter bisheriger Führer von der Demokratischen Partei, das Gezänk ihrer Vertreter selbst in Parlamentskommissionen, alles das sind Zeichen von Niedergang und Zerfall, über die sich auf die Dauer niemand mehr täuschen läßt.

Um zu retten, was zusammenzuhalten ist, will man jetzt daran gehen, der Partei ein Programm zu schaffen. Das aber löst wieder neue unliebsame Auseinandersetzungen aus. Denn viele der bisherigen Anhänger oder Mitläufer hatten die Demokraten ja nur dadurch gewonnen oder gehalten, daß sie einem jeden von Fall zu Fall nach dem Munde sprachen und in ihren Parteikundgebungen bald rechts, bald links schrieben. Man denke an die unglaublichen Volkstäuschungsversuche in Sachen des preußischen Zerstückelungsplanes, über den sich demokratische Wahlflugblätter und Redner entrüsteten, trotzdem er vom Vertreter ihrer eigenen Partei in der Regierung ausgeheckt war. Ein Programm mit festen Leitsätzen würde ein derartiges Fangballspielen mit der Wahrheit sehr erschweren und gar manchem bisherigen Mitläufer die Augen über das wahre Wesen der Demokratie öffnen. Die Auseinandersetzungen über das Programm sind denn auch bezeichnend genug für die Zustände in der Wolff-Preußischen Partei.

Höchst lehrreich ist in dieser Beziehung eine Auslassung, die man dieser Tage in der Bonner „Deutschen Demokratischen Zeitung" (Nr. 46) las. Fast möchte man meinen, der Verfasser „Roland" wolle sich über die Demokratische Partei lustig machen; da ihn das Parteiblatt aber zu Worte kommen läßt, auch im Namen der Zeitung, so nimmt sie seine Ausführungen durchaus ernst. Roland stellt zunächst fest, daß „die Parteimitglieder (der Demokratischen Partei) recht bunt zusammengewürfelt sind". Er unterscheidet drei Gruppen darin:

„1. die Leute, die nur aus Irrtum oder Fahrlässigkeit in die Partei geraten sind. Sie stehen den Rechtsparteien näher als ihren eigenen Parteigenossen. Der echte Demokrat sieht sie am liebsten vom Rücken. Denn sie stören die Harmonie, schwächen die Stoßkraft, machen die Partei nach außen lächerlich, kurz, sie sind schädliche Fremdkörper.

2. Dann kommen die gemäßigten Demokraten. Sie betreten das Prinzip der Volkssouveränität, schrecken aber vor dessen letzten Folgen zurück und sind zu Zugeständnissen an das Alte bereit. Typische Vertreter dieser Gruppe sind: Naumann, v. Payer, Haußmann.

„Endlich die radikalen Demokraten von dem Schlage eines Theodor Wolff, Max Weber, Hugo Preuß. Sie sind die folgerichtigen Verfechter der Demokratie. Da auch diese Zeitung zu jener äußersten Linken der Partei gehört, braucht über die Richtung nichts weiter gesagt zu werden."

Die erste Gruppe möchte der streitbare Roland also ganz zum Tempel hinausgeworfen haben. Damit macht er sich freilich überflüssige Mühe. Wie alle neueren Wahlen zeigen, rücken sie schon von selbst von der Demokratischen Partei ab, deren Stimmen dadurch stellenweise bis weit unter die Hälfte des Januarbestandes herabsinken. Zwischen den beiden anderen Gruppen ist, „wenn wir aktive Politik treiben wollen", eine „gründliche Auseinandersetzung" zur Klärung der Sachlage, „ein reinigendes Gewitter notwendig". Er hat freilich große Sorge, daß dieser Redekampf unschöne Formen und demoralisierende Folgen haben könne. Denn er betont: „Sachlichkeit aber ist erstes Erfordernis dafür, daß die Auseinandersetzung fruchtbar wird. Alles Persönliche sollte deshalb zurückgestellt werden. Uns vom linken Flügel schiebt man so gerne kleinliche Motive unter." Er sucht nun nachzuweisen, daß er und seine besonderen Freunde, die Linksdemokraten, immer Opfer gebracht haben, mit Undank

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906041-13/fragment/page=0001

behandelt und schlecht behandelt worden sind: „Bereitwillig haben die Linksdemokraten jedem die Hand gereicht, der vorgab, guten Willens zu sein, ohne demokratische Garantien zu fordern. War das persönliche Eitelkeit? Haben sich später unsere Freunde je in den Vordergrund gedrängt? Im Gegenteil, sie sind mit Undank belohnt worden. Wie ist man mit von Gerlach verfahren? Mit welch bescheidener Rolle hat sich der vortreffliche Preuß begnügen müssen? Hat man nicht Theodor Wolff die Arbeit im Vorstand verleidet? Besonderen Schmerz hat es uns bereitet, daß man Max Weber von der Wahlliste abgesetzt hat." Nach einem Stoßseufzer, daß auch die Bonner „Deutsche Demokratische Zeitung" hier und dort wenig freundlich behandelt worden sei, schließt Roland seine Auslassungen mit folgender Ermahnung: „Zerfleischen wir uns nicht selbst! Ueben wir gegenseitig scharfe, aber brüderliche Kritik! In diesem Sinne werden wir in der nächsten Zeit mit einigen Aufsätzen an den Programmentwurf herantreten, unsere abweichenden Ansichten offen aussprechen und sie der wohlwollenden Prüfung aller Parteimitglieder empfehlen." In den Reihen der Parteiführer wird man vielleicht nicht sehr erbaut von der Aussicht auf weitere solche Offenbarungseiden Rolands sein. Denn was er da schreibt, gibt ein Bild von Zuständen, die gewiß nicht dazu dienen können, Begeisterung in der Partei zu erwecken und ihr Zuzug neuer Anhänger zu verschaffen. Es wird vielleicht mancher, der „aus Irrtum oder Fahrlässigkeit in sie hineingeraten ist", der Demokratie und ihrem Gezänk schleunigst, wie gewünscht, den Rücken [illegible]

* * *

Belagerungszustand über Düsseldorf

(Von unserem hk-Sonderberichterstatter.)

Düsseldorf, 3. Juni.

Infolge der öffentlichen Unsicherheit in Düsseldorf und Umgebung wurde heute von der Besatzungsbehörde über Düsseldorf, Stadt und Land, und über Duisburg der Belagerungszustand verhängt. Die Ausdehnung des Belagerungszustandes auch auf Duisburg wurde notwendig, um zu verhindern, daß die staatsfeindlichen Elemente, die dort im geheimen schon seit langer Zeit Vorbereitungen für neue Putsche getroffen hatten, auch weiterhin ein Asyl für ihr hochverräterisches Treiben finden.

Deutsch-Oesterreichs Friedensvertrag

Die Grenzen Deutsch-Oesterreichs

Wien, 3. Juni.

Nach dem heute der deutschösterreichischen Friedensdelegation überreichten Friedensentwurf sind die Grenzbestimmungen berart, daß Südtirol und die Südwestecke von Kärnten mit Ausnahme von Arnoldstein, sowie ganz Südsteiermark einschließlich Marburg und Stadt Radkersburg dem südslawischen Staate zugewiesen werden. Von Deutsch-Ungarn wird Oesterreich kein Gebiet zuerkannt. An den tschechoslowakischen Staat sollen nicht nur alle deutschen Teile Böhmens, Mährens und Schlesiens einschließlich des Znaimer Kreises und des Böhmerwaldgaues abgetreten werden, sondern es wird ihm auch ein Streifen längs der March in Niederösterreich, ferner die ganze nordöstliche Ecke bei Feldsberg und ein nicht unwesentlicher Gebietsstreifen bei Gmünd zuerkannt. Die Bestimmungen über die Eisenbahnen, Wasserwege und Häfen sind den deutschen Friedensbestimmungen nachgebildet und enthalten eine einseitige Meistbegünstigung und die Pflicht, Bahnbauten durch die Entente auf österreichischem Gebiet ausführen zu lassen. Oesterreich erhält freien Zugang zur Adria, mit anderen Worten Freiheit des Transits dahin und in seine früheren Häfen. Den Tschechoslowaken wird die Führung eigener Züge über die Strecken Preßburg-Fiume und Budweis-Linz-Triest, ebenso von Post- und Telegraphenlinien über österreichische Gebiete eingeräumt.

Keine mündlichen Verhandlungen

Saint-Germain, 3. Juni.

Nach einer Havas-Meldung teilte bei der Uebergabe des Friedensvertrages an die österreichische Delegation Clemenceau mit, daß mündliche Verhandlungen nicht stattfänden. Die Einwände müßten innerhalb 14 Tagen eingereicht werden. Der Viererrat wird darauf schriftlich antworten und eine Frist bestimmen, in der die Oesterreicher endgültig zu antworten haben.

Versailles, 3. Juni.

Die französischen Blätter geben heute die gestrige Ueberreichungszeremonie in Saint-Germain sowie einen Auszug des Friedensvertrages mit Oesterreich wieder. Staatsminister Renner hat im allgemeinen eine gute Presse. Die Blätter heben hervor, daß seine Ansprache liebenswürdig, in gewissen Punkten sogar herzlich war. „Homme Libre" findet, daß Renner den guten Willen der Oesterreicher zum Ausdruck brachte, alles zu tun, um bald zu einem dauerhaften Frieden zu gelangen. „Petit Journal" will jedoch der Rede Renners einige besorgniserregende Andeutungen entnehmen, daß Oesterreich immer noch nicht auf den Gedanken einer Vereinigung mit Deutschland verzichtet.

Politische Erörterungen über den Vertragsinhalt finden sich in der Presse noch nicht. „Matin" hebt hervor, daß es Renner außerordentlich schwer fallen dürfte, zum Vertrag Stellung zu nehmen, von dem er erst einige Zeilen kenne. Man könne nicht verlangen, daß er im voraus wisse, was die Alliierten in dem noch nicht überreichten Vertragsteil festsetzen wollen. Er werde also kaum die vierzehntägige Frist einhalten können. Der Vertrag mit Deutschland sei bereits recht schleht gemacht, der Vertrag mit Oesterreich überhaupt nicht gemacht. Dies sei das kläglichs Resultat langwieriger Arbeiten des Viererrats und der Konferenz. „Oeuvre" glaubt, daß der Vertrag mit Oesterreich im Grunde genau auf dasselbe hinauslaufe, wie der Vertrag mit Deutschland, nämlich daß Oesterreich die wirtschaftliche Kontrolle der Alliierten annehmen und all seine Rechte und Besitztümer außerhalb seiner Grenzen aufgeben müsse. Es falle auch der französischen Presse schwer, aus diesen Bruchstücken des Vertrages ein Urteil zu fällen. Man könne auch von den Oesterreichern nicht verlangen, daß sie jetzt schon auf Artikel antworten, die man ihnen erst in vierzehn Tagen oder noch später überreichen wolle. Die Oesterreicher müßten ja, daß die Friedenskonferenz immer sage, daß sie schnell zu einem Resultat kommen werde, aber daß sie tatsächlich die Beschlußfassungen immer wieder von Tag zu Tag verschieben müsse.

Das fragmentarische Friedensdokument

Versailles, 3. Juni.

Die Pariser Morgenpresse wird von der gestrigen Ueberreichung des Friedensvertrages an die österreichische Delegation beherscht. Nach den Herren die Diener, so charakterisiert „Matin" die Situation, greift aber sehr scharf den Viererrat an, weil das österreichische Friedensdokument so fragmentarisch sei. Man habe die österreichischen Delegierten vor drei Wochen nur deshalb nach Saint-Germain kommen lassen, um Orlando durch diesen Köder wieder nach Paris zu ziehen. Die Grenzen gegen Italien seien zwar festgesetzt, aber nicht die Grenzen gegen Südslawien. Ueberhaupt seien wesentliche Punkte den späteren Verhandlungen vorbehalten. Das meinte, was gestern überreicht wäre, sei aus dem deutschen Vertrage abgeschrieben. Bezeichnend ist, daß aus einer Denkschrift des „Matin" hervorgeht, daß auch die Fiume-Frage infolge eines Protestes des Vertreters von Fiume als nicht gelöst angesehen werden kann. Am schlimmsten kommt Renner weg. Der tschechisch-slowakische Außenminister Benes erklärt ebenfalls im „Matin", Renner sei bis vor wenigen Wochen für den Anschluß an Deutschland gewesen, habe die offizielle Kriegspolitik mitgemacht, das Habsburgische Oesterreich-Ungarn verteidigt und setze einfach die Politik Aehrenthals und Czernins fort, wenn er sich auch nach außen als Pazifist gebärde.

Reichsbauern- und Landarbeiterrat

Die Reichsbauern und Landarbeiter hielten zur Erreichung dieses Ziels in Goslar eine Tagung ab. Dabei rang sich die Erkenntnis durch, daß dazu vor allem eines gehört: völlig geschlossene Einigkeit unter Zurückstellung aller Parteipolitik und gemeinsames Vorgehen aller landwirtschaftlichen Kreise, der B.- und L.-Räte sowohl wie der freien landwirtschaftlichen Verbände.

Daß auf der Goslarer Tagung diese Notwendigkeit erkannt worden ist, geht aus dem Inhalte des einstimmig angenommenen Antrages, den Graf Kayserlingk namens der Schlesier gestellt hat, und der gewissermaßen als das

Hauptergebnis der Goslarer Tagung

anzusehen ist. Er hat nach der „D. Z." folgenden Wortlaut:

1. Die Notlage des Vaterlandes erfordert die äußerste Anspannung aller Kräfte der werktätigen Landbevölkerung und deren freien Zusammenschluß zu einheitlicher Arbeit.
2. Die Ausgestaltung der Räte-Organisation zu einer wirtschaftlichen Berufsorganisation, die in Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reiches und seiner Gliedstaaten maßgebenden Einfluß haben muß, ist geboten.
3. Bei einer verfassungsmäßigen Festlegung und Reform der Räte-Organisation ist der Landbevölkerung volle Gleichberechtigung mit allen anderen Bevölkerungsgruppen im Staate zu gewähren. Innerhalb der Landbevölkerung haben die verschiedenen Berufsschichten Anspruch auf Gleichstellung in der Vertretung in allen öffentlichen Körperschaften.
4. Bei jeder staatlichen Maßnahme, die die Landwirtschaft berührt, muß die Erhaltung und Kräftigung der Erzeugung als oberste Richtschnur dienen. Die Freiheit der landwirtschaftlichen Betriebskraft ist unbedingt zu wahren.
5. Die gewählte Vertretung der deutschen Bauern- und Landarbeiterräte ist von der Staatsregierung bei der Beratung und Bearbeitung aller das Räte-System und die Organisation der ländlichen Berufe betreffenden Gesetze und Verordnungen hinzuzuziehen. Sie soll in engste Arbeitsgemeinschaft mit den alten Organisationen der Landwirtschaft treten.

Der Achtstundentag im besetzten Gebiet

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Berlin, 3. Juni.

Das Ministerium der inneren Arbeiten hat nunmehr endlich von der Entente die Zusicherung erhalten, daß der Wiedereinführung des Achtstundentages für alle Eisenbahnbediensteten des besetzten Gebietes vom 10. Juni an nichts mehr in den Weg gelegt werde. Die Durchführung der Maßnahme, für die alle Vorbereitungen getroffen sind, wird ohne Zeitverlust vor sich gehen.

Vorbereitungen zur Siegesfeier

Berlin, 3. Juni.

Die „Börsen-Zeitung" meldet aus Worms: Die Franzosen treffen hier alle Vorbereitungen zur Friedensfeier. Am Tage der Unterzeichnung wird hier eine große Illumination und ein Feuerwerk auf der Rheinbrücke von Worms stattfinden. Andererseits bemerkt man aber auch Vorbereitungen für einen etwaigen Uebergang der Truppen über den Rhein im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages. Große Proviantkolonnen und Lastautos stehen abfahrbereit an der Rheinbrücke, um die Truppen möglichst rasch auf das rechte Rheinufer zu bringen. Unter den Soldaten der Besatzungsarmeen herrscht Nervosität.

Bolschewismus in Kanada

Eine neue Sorge Englands.

(Eigene Drahtmeldungen der „H. Z.")

Basel, 3. Juni.

„Daily Herald" meldet: Ein britisches Geschwader, bestehend aus einigen Kreuzern und Torpedobooten mit etwa 4000 Mann Besatzung, ist nach der kanadischen Küste ausgelaufen. Ueber das kanadische Territorium ist der Belagerungszustand verhängt. Die aus Kanada einlaufenden Nachrichten lauten ernst und lassen die bevorstehende Ausrufung einer Republik mit bolschewistischem Charakter erkennen.

Die neue Bekleidung und Ausrüstung der Reichswehr

Die neue Bekleidung und Ausrüstung lehnt sich im allgemeinen an die bisher im Kriege vollbewährten Bekleidungsstücke an. Da das Grundtuch dasselbe feldgraue geblieben ist, ist es nötig, vor allem bald die der Reichswehr eigentümlichen Abzeichen anzubringen, damit man die ihr Angehörigen sofort erkennen kann. Sie bestehen:

a. aus einem weißmetallenen Eichenlaubkranz, der die auf dem Vaterlandstreifen der Mütze befindliche Kokarde in den deutschen Farben umgibt. Ueber dieser unteren Kokarde befindet sich auf dem Grundtuch eine solche in den Landesfarben.

b. in der grauen Reichswehrdoppelliteze beiderseits vorn am Rockkragen, ähnlich der bisherigen Gardeliteze für Mannschaften,

c. in den abnehmbaren, aus feldgrauem Abzeichentuch gefertigten Armspiegeln auf beiden Oberarmen am Feldrock und Mantel, auf dem der Truppenteil durch seine Nummer (Buchstaben usw.) bezeichnet ist,

d. in den Schulterschnüren, die statt der bisherigen Achselklappen auf Rock und Mantel angebracht sind; Wehrleute, Gefreite und Obergefreite tragen feldgraue, alle Führer (Offiziere und Unteroffiziere) Schnüre aus Drahtgespinst, und zwar bis zum General mattsilberne, Generäle mattgoldene. An den Schulterschnüren der Wehrleute sind feldgraue, an denen der Unteroffiziere mattsilberne, der Offiziere silberne, der Generale goldene Schieber.

Ueber die neuen Dienstgradabzeichen haben wir bereits in einer früheren Nummer berichtet. Die Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke sind fast die gleichen wie bisher. Ein abnehmbares Landmannschaftsabzeichen kann links am Bekleidungsstreifen der Dienstmütze getragen werden. Ebenso dürfen aus bisherigen Freiwilligenverbänden hervorgegangene Reichswehrverbände die Abzeichen dieser Freiwilligenverbände auf dem linken Oberarm unterhalb des Armspiegels weiter tragen.

Die Gemeindeeinkommen-Besteuerung

Preußenparlament. Berlin, 3. Juni.

Am Ministertische: Haenisch, Dr. Südekum.

Vizepräsident Dr. Frentzel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20.

Auf eine Anfrage der unabhängigen Sozialisten erklärt

Ministerialdirektor Meister, daß eine Kontrolle der Stadtverwaltung durch andere Organe dem demokratischen Prinzip widerspreche, und daß es den Gemeinden selbst überlassen bleiben müßte, ob sie neben ihrer eigenen Tätigkeit auch noch eine solche von kommunalen Arbeiterräten einführen wollten.

Eine weitere Anfrage findet die Antwort, daß die Wählbarkeit der Frauen für alle Stellen der Gemeindeverwaltung anerkannt werde.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Gemeindeeinkommenbesteuerung im Rechnungsjahre 1919.

Der Gesetzentwurf wird ohne weitere Aussprache dem Gemeindeausschuß überwiesen.

Der Antrag der Abgeordneten Frentzel und Genossen auf Annahme eines Gesetzentwurfes zur Aenderung der Gesetze betreffend die Verwaltung des Staatsschuldenwesens und Bildung einer Staatsschuldenkommission wird in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen. Desgleichen ein Antrag des Staatshaushaltsausschusses auf Annahme eines Gesetzentwurfes zur Ergänzung des Gesetzes betreffend die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes 1919 (Wohlfahrtsministerium). Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Landeskulturbehörden.

Abg. Partzel (Soz.): Auch wir begrüßen die Vorlage. Die Siedelungsmöglichkeit muß weiten Kreisen eröffnet werden.

Abg. Stendel (D. Vpt.): Wir stehen der Vorlage durchaus sympathisch gegenüber. Es wird gut sein, für möglichst kleine Gebiete Siedelungsgesellschaften zu schaffen.

Abg. Bollert (Dem.): Meine Partei stimmt der Vorlage ebenfalls zu.

Landwirtschaftsminister Braun: Ich bin erfreut über die günstige Aufnahme des Entwurfes und erkenne, daß auch die gestellten Abänderungsanträge im wesentlichen dasselbe erreichen, was die Regierung will. Die Anträge der Deutschnationalen aber bitte ich abzulehnen.

Abg. Hirtsiefer (Ztr.) empfiehlt einige Abänderungsanträge.

Abg. Mehrhof (U. S.) hält vieles in dem Gesetz für kleinbürgerlich und nicht sozialistisch.

Der erwähnte Zentrumsantrag wird angenommen. Die dem Minister bekämpften Anträge der Deutschnationalen werden abgelehnt. Das Gesetz wird mit geringen Aenderungen angenommen und in dritter Lesung en bloc verabschiedet. Es folgen förmliche Anfragen.

Abg. Dr. Thier (Vpt.) fragt zugleich im Namen von Mitgliedern der anderen bürgerlichen Parteien, was die Regierung zu tun gedenke, um die in die Freiwilligenverbände eintretenden Studenten gegen die aus der erneuten Unterbrechung des Studiums folgenden Nachteile zu schützen.

Ein Regierungskommissar antwortet, es werde ein zweites Zwischensemester eingelegt werden, dauernd vom September bis Dezember, während das normale Wintersemester dann vom Januar bis Ende März laufen würde. Diese Studierenden werden auch zu Notprüfungen Zulassung finden, und die Zeit im Freiwilligenverbande wird auf die etwaige Pensionsdienstzeit angerechnet werden.

Abg. Reineke (Ztr.) fragt die Regierung, wie sie der Notlage der Akademiker abhelfen wolle.

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß eine Vermehrung der etatmäßigen Stellen leider nicht in Aussicht gestellt werden könne. Eine Berufsberatung der Abiturienten sei bereits angeordnet.

Abg. Dr. v. Kries (Deutschnat.): Der Ruf „Aufs Land" erschallt von allen Volksmirten. Wir begrüßen das Gesetz mit Freuden. Leider hat unser Minister über keine weiteren Pläne uns nicht unterrichtet. Man tappt noch ganz im Dunkeln. Eine ersprießliche innere Kolonisation ist überhaupt nur möglich, wenn die furchtbaren Friedensbedingungen gemildert werden.

Mittwoch 12 Uhr: Vorlage des Steuergesetzes, Antrag Friedberg (Dem.), wonach Veräußerung von Grundstücken in den besetzten Gebieten einer Genehmigung unterworfen sein sollen.

Schluß 5¼ Uhr.

Finanzminister Südekum: Auch diese Vorlage hat den Zweck, der schwer bedrängten Bevölkerung ihre Lebenslage zu erleichtern. Ein Antrag zur Entlastung der niederen und zur Belastung der höheren Einkommen in der Gemeindebesteuerung ist in diesen Jahren mehrfach gestellt worden. Derartige Anträge sind alle auf die Steuerabänderung des Kommunalabgabengesetzes gerichtet. Die Regierung kann darauf nicht eingehen, weil noch nicht festliegt, in welchem Maß dies auf die Steuereinkommen zurückgreifen würde. Der Aufstellung eines umfassenden Finanzprogramms ist die Finanzverwaltung neuerdings näher getreten. Auf einen Antrag aus der Mitte der Sonderversammlung im Gemeindeausschuß hat man sich dahin ausgesprochen, daß eine allgemeine Aenderung des Kommunalabgabengesetzes zurzeit unmöglich ist. Auch gegen die Regelung für das Rechnungsjahr 1919 sprechen ernste Bedenken. In Deutschland wird leichter besteuert als in einer Reihe von feindlichen Ländern, wogegen ins Gewicht fällt, daß in England von der Kommunalbesteuerung weit tiefer stehende Bevölkerungsschichten erfaßt und belastet werden, als es in Preußen selbst bei Aufrechterhaltung des Existenzminimums von nur 900 Mark der Fall ist. Die Regierung hat sich trotzdem zur

Vorlage des Notgesetzes für 1919

verstanden, weil gerade in den letzten Monaten die Notlage der niederen Klassen sich fortgesetzt verschärft und die Hoffnung auf baldige Wiederkehr günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse sich stark vermindert hat. Praktisch wird auch in diesem Jahre eine Reichseinkommensteuer nicht mehr zur Erhebung gelangen, und dadurch haben wir ein wenig mehr freie Hand bekommen. Nach unserer Vorlage soll ein Einkommen unter 3000 Mark durch Gemeindebeschluß entlastet und der Fehlbetrag durch eine entsprechende Belastung der Einkommen über 5000 Mark wieder gewonnen werden können. Den Gemeinden für die Entlastung völlig freie Hand zu geben, ginge nicht an, weil das der Gerechtigkeit nicht entsprochen hätte. Denn bei 3000 Mark Einkommen würde die Steuer bei 300 Prozent Gemeindezuschlag bis 247 Mark oder fast 8 Prozent des Einkommens ausmachen. Darum ist eine Staffelung vorgesehen, um den Sprung von den Entlastungen zu den fehlbelasteten Einkommen nicht allzu groß zu machen. Ebenso wenig ginge es an, den Gemeinden bei der strengen Heranziehung der höheren Einkommen etwa den Tarif für die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer von 1919 zu gestatten, was vom Grundsatz bürgerlicher Gerechtigkeit nicht entsprochen hätte. Jeder muß zu den Lasten des Staates und der Gemeinden beitragen, aber nur in den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Das gilt für oben und für unten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906041-13/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 4 Juni.

Zur Angestellten-Bewegung

Einige tausend Angestellte hatten sich gestern abend auf dem Marktplatz versammelt, um gegen die angeblich ablehnende Haltung der Arbeitgeber in der Frage des zu schaffenden Ortstarifs zu demonstrieren. Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellter berichtete über den Gang der Bewegung, auch der Vertreter des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestellten-Verbände, Bartels, über den Zweck der Kundgebung sprach. Er führte aus, daß die Bewegung seit Dienstag einen erfreulicherweise eine andere Wendung genommen habe, indem der hiesige Schlichtungsausschuß eine Vermittlung der beiden Parteien anstrebte und die Arbeitgeber nun auch die Bereitwilligkeit zeigten, mit den Angestellten-Vertretern in Verhandlungen einzutreten. Die Vorverhandlung finde bereits am Donnerstag statt. Bartels forderte hierauf die Versammelten auf, sich fernerhin fest zusammenzustehen, bis die Forderungen der Angestellten restlos bewilligt seien; das Abstimmungsergebnis in einzelnen Betrieben habe ergeben, daß mehr als 90 Prozent der Angestellten sich hinter ihre Führer stellen und auch vor dem äußersten gewerkschaftlichen Mittel nicht zurückschrecken würden.

Folgende Entschließung wurde alsdann einstimmig angenommen:

„Mehr als 5000 kaufmännische Angestellte nehmen Kenntnis, daß die Arbeitgeber bereit sind, in Verhandlungen einzutreten, um einen allgemeinen Ortstarif für Angestellte zu schaffen. Die Versammlung erwartet, daß die Verhandlungen zu einem guten Ergebnis führen mögen. Andernfalls werden die Angestellten mit allen Mitteln für ihre berechtigten Forderungen eintreten."

Ein Vertreter von etwa 600 Magistratshilfsangestellten schilderte die Arbeitsverhältnisse, unter denen die Hilfsangestellten, die zu 80 Prozent aus Kriegsteilnehmern und Kriegerwitwen bestehen, zu leiden haben. Der Magistrat habe bisher noch wenig Entgegenkommen gezeigt, weshalb ihm ein Ultimatum zugestellt worden sei, das heute, Mittwoch, mitting abläuft. Der Magistrat wird darin ersucht, unverzüglich in Verhandlungen einzutreten, andernfalls die Hilfsangestellten die Arbeit niederlegen werden. — Die Angestellten stellten sich hierauf zu einem Zuge auf, der sich durch die Gr. Steinstraße, Schmeerstraße, obere Leipziger Straße, Franckestraße bis zur Handelskammer bewegte.

— **Es bleibt bei der vierteljährlichen Steuerzahlung!** Gegenüber angesichts der starken Erhöhung der Steuerbeträge naheliegende Erwägung, ob nicht die gegenwärtig vierteljährliche durch die monatliche Steuerzahlung ersetzt werden sollte, verneinen nach Ansicht der zuständigen amtlichen Stellen newichtige Gründe. Für den Staat würde die Erhebung und Verrechnung der Steuern in Monatsbeträgen große Erschwernisse bringen. Aber auch vom Standpunkt des Publikums würde die Änderung keine Verbesserung bedeuten, damit der monatlichen Zahlung sowohl beim Hol- wie beim Bringsystem größere Unbequemlichkeiten verbunden wären. Die Abschaffung der früher üblichen monatlichen Steuererhebung werde staatsseitig dauernd als eine wesentliche Verbesserung angesehen.

— **Die Preisprüfungsstelle für den Saalkreis** gibt bekannt: Auf Grund des § 5 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 bestimmen wir hiermit erneut, daß Kleinhändler, die Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfes feilhalten, an solchen Waren den Verkaufspreis sowie einen etwa vorgeschriebenen Höchstpreis zu vermerken haben, soweit sie in den Verkaufsräumen oder den Schaufenstern sichtbar anzubringen. Die Preisanmeldung gilt als Preisforderung im Sinne des § 1 Abs 1 und § 4 Abs. 1 der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. März 1918. Die Befolgung dieser Anordnung wird durch Beauftragte unverzüglich überwacht werden.

— **Gegen den Kartoffelschleichhandel.** Der Schleichhandel mit Kartoffeln hat einen Umfang angenommen, daß die Belieferung der Bedarfskreise ernstlich bedroht erscheint. Vielen, besonders in der Nähe der Großstädte gelegenen Kommunalverbänden werden durch Hamsterfahrten täglich mehrere tausend Zentner Kartoffeln entzogen. Das Reichsernährungsministerium ersucht daher durch Rundschreiben vom 21. Mai 1919 die Regierungen der deutschen Freistaaten dringend, die unterstellten Behörden nachdrücklich anzuweisen, von den Strafbestimmungen gegen die Erzeuger, die Kartoffeln in den Schleichhandel verkaufen, rücksichtslos Gebrauch zu machen.

— **Gründung eines Hallischen Ensemble-Musiker-Bundes.** Es wird geschrieben: Unter vollzähliger Beteiligung aller interessierten Kreise wurde am Montag die Gründung eines Hallischen Ensemble-Musiker-Bundes vorgenommen. Der Bund will die wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller in hiesigen Kaffeehäusern, Restaurants und Lichtspielhäusern tätigen Musiker vertreten. Unter Interessengemeinschaft mit dem Hallischen Musiker-Verein und dem Allgemeinen Deutschen Musiker-Verband wird er seine Tätigkeit auch auf die Provinz Sachsen erstrecken. Mit dem Vorsitz sind die Kapellmeister Erich Augustin, Arthur Burghaus und Paul Körber betraut.

Apollo-Theater

„Wo die Lerche singt . . ." von Franz Lehár.

Lehár schielt nach der Oper und möchte oder kann sich doch nicht von der Operette trennen. Aber er will sie „vertiefen", ohne sie ihres tändelnden Charakters zu entleiden. Der Operette „Wo die Lerche singt . . ." wohnt leicht bewegliches Temperament inne, sie ist hauptsächlich im 2. und 3. Akt auf Walzertätigkeit gestimmt und gleitet sehr oft und sehr rasch aus ernsteren Stimmungen in die süßen Lehárschen Dreiviertelakte über. Das Libretto ist nicht schlechter und nicht besser als die zahllose Schar ihrer vor dem Krieg pilzartig aufgesprossenen Gesinnungsschwestern. Aber die vorliegende Arbeit von Dr. Willner besitzt wenigstens den Vorzug, daß die Handlung, soweit man bei einer Operette überhaupt von einer solchen sprechen kann, sich in den Grenzen der Wohlanständigkeit bewegt.

Die Darstellung konnte besser sein; besonders zu Anfang fehlte der sichere Einsatz. Von den Darstellern traten Herti Janowitz, der auch für die Einstudierung der ungarischen Tänze zu danken ist, sowie Emmy Sturm infolge ihres guten Stimmmaterials besonders hervor. Als guter vollwertiger Partner zeigte sich Heinz Wirneburg, der für die Spielleitung verantwortlich zeichnete. Er verstand es vortrefflich, den verliebten Maler zu gestalten und erfreute durch gute Erfüllung seiner gesanglichen Aufgabe. Walter Fischer-Achten konnte sich, wie es schien, in seiner Rolle nicht so recht ausleben, aber gefiel wegen seines Humors. Seine Aussprache könnte indessen deutlicher sein. Die übrigen Darsteller boten ebenfalls ihr Bestes. Die Kapelle hatte sich mit Verständnis und Liebe in das Werk eingearbeitet und Kapellmeister Josef Beer hielt die Seinen scharf im Zuge. Der Besuch war nicht gerade stark, der Beifall lebhaft. R. M.

Provinz Sachsen

Der neue Oberpräsident der Provinz Sachsen

Magdeburg, 3. Juni.

Wie unser hk.-Sonderberichterstatter aus gut unterrichteter Quelle erfährt, wird der Nachfolger des demnächst zurücktretenden Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, von der Schulenburg, Dr. August Müller, der zurzeit Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt ist, sein.

Spartakistische Hetze im Meuselwitzer Gebiet

Nachdem durch das entschlossene Vorgehen der Regierung im ganzen Reiche, hauptsächlich in den größeren Städten, zuletzt in Leipzig, den Spartakisten der Boden zu heiß geworden ist, haben sie sich ein neues Betätigungsfeld ausgesucht. So sind sie in letzter Zeit im Meuselwitz-Rositzer Braunkohlengebiet aufgetaucht, um ihre Wühlarbeit zu beginnen. Anscheinend leider mit Erfolg. So wird uns aus dem Revier berichtet:

In einer in Meuselwitz stattgefundenen Sitzung der Arbeiterräte und Arbeiterausschüsse stimmten 190 für das neue Programm, das die Beseitigung der jetzigen Regierung fordert und nur 22 dagegen. Der Bergarbeiterführer Thieme, der einst bei der Kundgebung für Ebert-Scheidemann sprach, ist jetzt gegen dieselben. Der langjährige Vertreter des Altenburger Landes im Reichstage, der jetzige Abgeordnete der Nationalversammlung Mehrheitssozialist Käppler, ersuchte die Knappen, der jetzigen Regierung die Treue zu halten. Er wurde jedoch sehr heftig unterbrochen. Es geht zweifellos etwas vor. Die Spartakisten haben im Kohlenbecken ein Flugblatt verbreitet und suchen Anhänger zu gewinnen. Die vielen Sitzungen der Arbeiterausschüsse lassen nichts gutes vermuten.

t. **Quedlinburg**, 3. Juni. (Pfarrer Kümmel †.) Gestern starb hier unerwartet der aus Dieskau bei Halle gebürtige Pfarrer Justus Kümmel, der seit 1905 an der St. Nikolaikirche amtierte und als tüchtiger Kanzelredner und beliebtester Geistlicher in der Stadt bekannt war. Er verlor zwei Söhne im Kriege.

M. **Magdeburg**, 3. Juni. (Ein neues Verfahren in der Gaspreisbildung.) Nachdem eben der Gas- und Wasserpreis erhöht worden waren, bedingen neue Kostenpreise abermals die Steigerung der Sätze. Um von wechselnden Beschlüssen unabhängig zu sein, beschloß nun der Magistrat zu Magdeburg, auch für Gas und Wasser wie es für Elektrizität schon früher üblich war, auch hier eine nach den Kohlentarifen gleitende Skala einzuführen.

-ö- **Eisenach**, 3. Juni. (Bürgermeisterwahl.) Eine unbegreifliche Gleichgültigkeit und Lauheit legte die Bürgerschaft an den beiden Wahltagen zur Wahl eines zweiten Bürgermeisters an den Tag, da von den 26 700 Wahlberechtigten nur 6600 ihrer Wahlpflicht nachkamen. Von den drei zur Wahl gestandenen Kandidaten erhielten Dr. Behnisch-Erfurt 1375, Dr. Frey-Dresden 1512 und Dr. Janson-Zeitz 3711 Stimmen. **Dr. Janson ist somit mit einer absoluten Mehrheit von 824 Stimmen zum Bürgermeister gewählt.**

y. **Nordhausen**, 3. Juni. (Stadtverordnetensitzung.) In ihrer gestern Abend abgehaltenen außerordentlichen Sitzung haben unsere Stadtverordneten das vom Magistrate vorgelegte neue Statut für das hiesige Waisenhaus genehmigt, nachdem diese fromme Stiftung, die zum größten Teil durch einen Zuschuß der Stadt unterhalten wird, nicht mehr von einem aus drei Pfarrern der Stadt, sondern von einem aus dem Begerrenten des städtischen Armenwesens, dem von der Stadt eingesetzten Hausverwalter und dem Oberpfarrer der Marktkirche bestehenden Kuratorium verwaltet werden soll. Bei Beratung der Verpachtung städtischer Ländereien wurde auf den bereits seit einigen Jahren beachteten Grundsatz hingewiesen, daß in der Nähe der Stadt liegende städtische Landpläne in kleinere Parzellen an minderbemittelte Bürger verpachtet werden sollen. Die Stadtverordneten genehmigten die Uebernahme des bisher vom Verein für freiwillige Armenpflege unterhaltenen Kinderheims auf die Stadt und bewilligten die Jahreskosten im Betrage von 26 630 M. — Auf gestellte Anfrage der sozialdemokratischen Partei erklärte der Magistrat, daß er die vom hiesigen Soldatenrate auf dem einem Nordhäuser gehörigen Gute Teistungenburg beschlagnahmten 450 Zentner Kartoffeln für die Stadt Nordhausen in Anspruch genommen habe, da der Kreis Worbis, in dem Teistungenburg liegt, zu ihrem Belieferungsbezirke gehört.

— **Koburg**, 3. Juni. (Koburger Theaterzustände.) In einer Besprechung des „Koburger Tageblatts" ist zu lesen: „Um echte Opernstimmung auch uns zu geben, muß unter den Mitwirkenden ein gewisses Maß von Begeisterung herrschen, die den bekannten Gesängen exakten Schwung verleiht. Diese ernste Hingabe fehlte jedoch fast in allen Opernaufführungen der letzten Wochen, so daß man annehmen muß, daß eine unbedingt notwendige straffe Zucht in der Oper fehlt, und es wird höchste Zeit, daß hier eine starke Hand eingreift, damit das einst so feste Getriebe nicht verlottert. Wir sind stark auf dem Wege des Niedergangs — soll es doch in letzter Zeit vorgekommen sein, daß Künstler die Kühnheit besaßen, in völlig unqualifizierbarem Zustande die Bühne zu betreten, das genügte allerdings bereits für den ersten Vorgeschmack. Wenn solche unerhörten Zustände ohne strenge Bestrafung einreißen sollten, dann wäre es selbstredend schade um jeden Pfennig, den man für ein solches Kunstinstitut hergäbe. Es wurde in allen Aufführungen in der Theaterfrage stets der Satz aufgestellt: entweder ein guter Theater, in welchem eine ernst zu nehmende Kunst getrieben wird, oder garkeins."

„H.Z." Sportberichte

Pferderennen Berlin-Grunewald

1. **Bukkaneer-Rennen.** (8000 Mark, 1800 Meter.) 1. Mitrowitza, 2. Sternrose, 3. Thelane. Toto für Sieg: 65 Die Plätze: 25, 19, 432. Richterspruch: 1, ¾, ¾ Längen. Ferner liefen: Grübchen, Federnelle, Reue, Mansuroh, Funkspruch, Milice, Düna, Möve 2, Das Pupperchen, Politur, Liebermann, Resi, Götz, Flamingo, Goldgräber.

2. **Linden-Jagdrennen.** (18 000 Mark, 4000 Meter.) 1. Galant, 2. Lüttich, 3. Rosendaal. Toto für Sieg: 18. Die Plätze: 12, 12. Richterspruch: 4, 4 Längen. Ferner liefen: Leopard, Kamerad.

3. **Flibustier-Ausgleich.** (16 000 Mark, 1800 Mtr.) 1. Alarm, 2. Neulüß, 3. Hofgunst. Toto für Sieg: 33. Die Plätze: 18, 35, 70. Richterspruch: 2 Längen, Kopf, 1½ Längen. Ferner liefen: Orchis, Pankgräfin, Parole, Maison Rouge, Hunne, Francisque.

4. **Preis von Leipzig.** (Ehrenpreis und 10 000 M., 3500 Meter.) 1. Osterglocke, 2. Kalliari, 3. Lennewar. Toto für Sieg: 27. Plätze: 13, 18, 14. Richterspruch: ¾, 3, 4 Längen. Ferner liefen: Balkan, Coriolan II, Wildläter, Amselfeld, Goldseele, Macbeth, Raubgräfin.

5. **Trachenbergrennen.** (12 000 M., 1400 Meter.) 1. Fritzi, 2. Dardanos, 3. Magier. Toto für Sieg: 204. Plätze: 24, 13, 17. Richterspruch: 2, 1½, 2 Längen. Ferner liefen: Plask, Pruna, Haubitze, Carola, Lukretia, Tulpe, Höllenglut.

6. **Hannibal-Rennen.** (50 000 M., 2800 Meter.) 1. Marmor, 2. Traum, 3. Indus. Toto für Sieg: 18. Plätze: 13, 21. Richterspruch: 3, 4 Längen, Hals. Ferner liefen: Palestro, Wirbel, Lorbeer.

7. **Demminer Jagdrennen.** (1200 M., 1400 Meter.) 1. Milton, 2. Ortolan, 3. Onix. Toto für Sieg: 99. Plätze: 31, 15, 25. Richterspruch: Hals, 4, 2½ Längen. Ferner liefen: Lulu, Rotdorn, Einwanderer, Hackelläuer, Artilleriefeuer, Philomele, Ormus, Nicae, Gratioso.

8. **Fels-Rennen.** (16 000 M., 2000 Meter.) 1. Alisenstein, 2. Rotenritter, 3. Einhardt. Toto für Sieg: 69. Plätze: 28, 24, 37. Richterspruch: Kopf ¾ und 4 Längen. Ferner liefen: Pillao, Sorapis, Humbug, Radom, Segantini.

Nachdruck verboten.

Die Referendarin

Roman von Carl Busse.

18]

Er wollte ihr nichts verhehlen. Nicht, daß er ihre Eltern und ihre Umgebung lieber aus der Ferne, als in der Nähe genieße; nicht, welcher Verdacht ihm aufgestiegen wäre, wieviel Mißtrauen vieles ihm erregt hätte. Rücksichtslose Klarheit — nur sie konnte vorwärts bringen.

Es war also nötig, Jule um die Unterredung zu bitten. Als er diesen Entschluß gefaßt hatte, wurde er beinahe fröhlich. Er fühlte damit wieder Grund unter den Füßen.

Und noch an demselben Tage ging er nach der Zietenstraße. Er wartete, bis der Alte den Laden verlassen hatte — um alles in der Welt hätte er nicht mit ihm zusammentreffen mögen.

Jule war heute, als ob sie ihn erwartet hätte, im weißen Kleid. Die vielen Gedanken, die halb durchwachten Nächte, Kummer und Zweifel, die an ihr zehrten, hatten ihr Gesicht schmaler werden lassen. Es sah feiner aus als früher. Fast betroffen starrte Peter sie an.

„Wir haben uns lange nicht gesehen," sagte er dann, fast verlegen.

Sie nickte. „Sehr lange nicht."

„Und . . . ich dächte, wir müßten uns einmal aussprechen. Ueber alles."

„Das müßten wir," sagte sie. Plötzlich ward sie lebhafter: „Ja, das müßten wir!"

Sie hatte den raschen und starken Augenaufschlag von früher, der verwirrte. Zum ersten Male blickten sie sich wieder voll an.

Nicht lange. Alle beide waren unfrei voreinander und senkten die Blicke.

Er fühlte, wie diese Unfreiheit ihn beengte.

„Wann sie Zeit habe, fragte er hastig. Morgen? Uebermorgen?

Und in derselben Beklommenheit wie er antwortete sie. Morgen ginge es nicht, aber übermorgen . . .

„Gut. Das wäre Freitag. Und wo?"

„Freitag?" Ueber ihr Gesicht lief langsam die Röte.

„Verzeih," sprach sie, „Freitag . . . kann ich auch nicht Sonnabend erst."

Einen Moment war es ihm, als springe ein Reifen, der sich um sein Herz gelegt. Freitag konnte sie nicht. Weshalb? Es war der Unglückstag. Und diese Kleinmädchendummheit, diese abergläubische Scheu rührte ihn. Seine Stimme ward wärmer.

Sie machten aus, daß sie sich Sonnabend nachmittag an dem Kreuzweg wie das vorige Mal treffen wollten.

Als Peter den Laden verlassen hatte, ging Jule langsam in den kleinen Nebenraum zurück.

„Also Sonnabend," dachte sie.

Und plötzlich hob sie die Arme und dehnte sich und führte die Hände zusammen und preßte die Lippen darauf: „Lieber . . . lieber Gott!"

Es war ein Flehen voll inbrünstiger Kraft, die den Körper selbst erzittern ließ. —

Als der Sonnabend kam, stand sie vor dem Spinde, in dem ihre Garderobe hing. Als wäre es selbstverständlich, hatte sie das weiße Kleid, das sie auf dem großen Spaziergang getragen, auch jetzt herausgelegt, dazu das Korallenkettchen.

Aber plötzlich wurde sie unschlüssig. Der Himmel war verhangen, Wolken trieben, nur der Wind ließ es nicht zum Regnen kommen. Doch das Wetter hätte sie nicht gestört. Aber quälend überfiel sie der Gedanke, daß, wenn sie das weiße Kleid und das Kettchen anlege, es aussehen könne, als ob sie ihn dadurch zurückerobern wolle.

Und sie nahm den Staat vom Bett fort, wo sie ihn ausgebreitet hatte, und zog das blaue Tuchkleid an mit den mattglänzenden goldenen Knöpfchen. Es schloß eng um ihre Gestalt.

So machte sie sich auf den Weg.

Auch diesmal war Peter Körner vor ihr da. Er hatte Satan zu Hause gelassen; er setzte sich wieder auf den Grenzstein, der die Nummer des Jagens trug. Aber über den Wipfeln lag die goldene Sonne heute nicht, der Himmel war nicht ungeheuer weit und blau, und auch Bussarde kreisten nicht in der Höhe. Ernst und düster flohen graue Wolken, und wenn der Wind durch die Zweige fuhr, ächzten die Kiefern und schüttelten die Häupter wie in schwerer Trauer.

Als Peter Ju kommen sah, sprang er auf. Er wollte recht herzlich sein, er wollte ihr und sich selbst die Aussprache erleichtern. Er lief ihr fast entgegen — wenn auch nicht so stürmisch wie damals.

Doch als er ganz nahe war, stutzte er; sein Schritt stockte.

Er sah sie in dem fremden Kleide, das sie fremder erscheinen ließ. In ihrem Gesicht war ein ängstlich gespannter Ausdruck, den er nicht an ihr kannte. Es war nicht die Ju, die er selig das vorige Mal fast an gleicher Stelle geküßt hatte.

Das hielt ihn zurück und verwirrte ihn. Und es war befremdlich und abgebrochen, daß er, nachdem er so rasch auf sie zugegangen war, nun plötzlich stockte, und jede vorwärtstrebende Bewegung erstarrte. Er hatte sie fassen und umfangen wollen, und statt dessen reichte er ihr, als er vor ihr stand, nur die Hand.

„Danke. Wie gut, daß du gekommen bist!"

Sie hatte säh und stark empfunden, wie ein Vollgefühl im letzten Augenblick zurückgedämmt worden und zerspliittert war. Aber sie dachte nicht an das Kleid und die Aeußerlichkeiten, die ihn fremd berührten. Sie dachte nur: „Nicht einmal einen Kuß gibt er dir!"

Und sie schämte sich und preßte die Lippen zusammen, und die Bitterkeit stieg ihr empor. Ihre Kehle war wie zusammengeschnürt. Sie mußte sich Zwang antun, zu reden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906041-13/fragment/page=0003

Die künftige erste Klasse im Saalegau

Man schreibt uns:

Nachdem auf dem Kreistag des Saalkreises am 31. Mai die Liga aus sieben erstklassigen Vereinen des Saalegaues gebildet ist, wird die Zusammenstellung der künftigen ersten Klasse brennend. Diese Bildung ist nicht so leicht und wird sich nur durch Ueberwindung großer Hindernisse und weitgehender Kompromisse bewerkstelligen lassen. Ein großer Teil der „Zweitklassigen" erhebt den Anspruch auf die 1. Klasse und es ist den Vereinen nicht abzusprechen, daß sie spielerisch dazu befähigt sind. Um daher allen berechtigten Ansprüchen gerecht zu werden, dürfte es sich empfehlen, die künftige erste Klasse auf 10 Vereine festzusetzen. Der Grundsatz — Zusammenfassung der Spielstärksten zur weiteren Hebung des Sportes — sollte auch hier vorherrschen, da sich die Spielstärke der ersten Klasse auch auf beträchtlicher Höhe bewegen muß. Eine Hauptschwierigkeit wird darin liegen, nach welchen Gesichtspunkten aus den 17 zweitklassigen Vereinen die Auswahl für die künftige erste Klasse getroffen werden soll. Die in den diesjährigen Verbandsspielen erzielte Rangordnung ist ein unvollkommener Maßstab. Ein Teil der Spiele stand unter Kriegseinfluß, Spielermangel hatten Nichtantreten und Punktverlust zur Folge, weitere Punktverluste sind auf das Konto mangelhaft eingearbeiteter Ersatzvereinsleitungen zu setzen. Andererseits können verschiedene Vereine die Spiele teilweise nur unter Verstärkung durch Spieler anderer Vereine austragen, also mit einem Wort, der einwandsfreie Maßstab fehlt, auch für einen Vergleich der Spielstärke zwischen den einzelnen Abteilungen ist kein Anhalt.

Darum sollte allen Vereinen der zweiten Klasse nochmals Gelegenheit geboten werden, den Weg zur künftigen ersten Klasse zu nehmen. Mein Vorschlag hierfür ist der, die Spiele nach folgenden Gesichtspunkten austragen zu lassen.

Aus den Vereinen Ammendorf, Askania-Nietleben, Eintracht, Fortuna-Dölau, Germania-Merseburg, H. F. C. 1910, Hohenzollern-Merseburg, Komet, Minerva, Olympia, Preußen, Preußen-Merseburg, Sportbrüder, Sportlust, Teutonia, V. f. B.-Lettin, Viktoria werden über Abteilungen zu je 4 bezw. 5 Mannschaften (spielstarke und schwächere gleichmäßig verteilt) gebildet. Jede Abteilung spielt für sich eine Runde (neutrale Plätze, Punktwertung). Die dann an der Spitze jeder Abteilung stehenden zwei Mannschaften rücken in die erste Klasse. Aus den übrigbleibenden Mannschaften werden wieder 2 Abteilungen gebildet, die wiederum die Spiele nach den vorher gegebenen Gesichtspunkten austragen. Die beiden besten belegen den 9. und 10. Platz, so daß die 10 Vereine der ersten Klasse ermittelt sind. Die Bildung der 4 Abteilungen hat den Vorzug, daß an wenigen Sonntagen die Spiele ausgetragen werden können.

Dieser Weg würde, da er keinerlei Unterschied unter den vielen Zweitklassigen macht, keinem zu Liebe und keinem zu Leide sein und den gerechten Ausweg bedeuten.

Herbert Förster.

*

— Die Hallesche Rennfahrer-Vereinigung hält heute Mittwoch, den 4. Juni, anschließend an die Abendrennen im Olympiapark ihre Sitzung ab. Wichtige Punkte stehen auf der Tagesordnung.

— **Zum Jugend- und Spielplatz-Gesetz.** In der letzten Sitzung des Vorstandes und Wirtschaftsausschusses des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen wurde erklärt, daß von der Einreichung des geplanten Spielplatz-Gesetzes zurzeit Abstand genommen werden soll, weil die finanzielle Belastung des Reiches mit 10 Millionen Mark für das Jahr in der augenblicklichen Lage unerfüllbar erscheint. Dagegen soll die Einbeziehung der Sache der Leibesübungen in die in Vorbereitung befindlichen Vergesellschaftungsgesetze angestrebt werden dergestalt, daß den Gemeinden auch für die Schaffung gemeinnütziger Spielplätze das gleiche Enteignungsrecht zuteilt, wie dies für gemeinnützige Volksbildungs- und Unterhaltungsanstalten in Aussicht genommen ist. Andererseits soll die Anerkennung des Spielplatzgedankens durch Werbearbeit innerhalb der Gemeinden gefördert werden.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Gesellschafts-Abschlüsse

* **Deutsche landwirtschaftliche Treuhandbank A.-G. Leipzig.** (Drahtbericht.) Das Institut bleibt auch für das abgelaufene Geschäftsjahr dividendenlos, wenn auch das Geschäft in letzter Zeit etwas mehr belebt ist. Die Generalversammlung findet am 23. Juni statt.

Gewerkschaft Rothensolde zu Gotha. Der Grubenbetrieb blieb im wesentlichen auf die Vorrichtungs- und Gewinnungsarbeiten im Hartsalzlager des Westfeldes sowie auf die Gewinnung von Steinsalz beschränkt. Auf die Beteiligungsziffer entfiel ein Sollabfatz von 14 437 D.-Ztr. reines Kali. Das Steinsalzgeschäft entwickelte sich befriedigend weiter. Die Inlandsverkaufspreise gingen infolge starken Wettbewerbs auf bescheidene Grenzen zurück; andererseits erhöhten sich durch erhöhte Lohnforderungen der Arbeiter und andauernde Steigerung der Betriebsmittelpreise die Gestehungskosten wesentlich. Die Einnahmen aus dem Kali- und Steinsalzgeschäft unter Einrechnung der Vergütungen für die verkauften Beteiligungen sowie der nicht verbrauchten Rückstellung für Zubußzensteuer im Betrage von 17 787 ℳ stellten sich auf 1 125 124 ℳ (1. V. 496 992 ℳ). Die Betriebsausgaben erforderten 504 292 ℳ, so daß sich ein Betriebsüberschuß von 620 832 ℳ ergibt. Nach Abzug der Ausgaben für Zinsen, Provisionen und Disagio auf Obligationen 226 753 ℳ, Generalunkosten, Steuern, Förderzins, Gefälle und Kriegsunterstützungen 130 598 ℳ, verbleibt ein Betrag von 263 482 ℳ, der die in Höhe von 263 178 (227 850) ℳ vorgenommenen Abschreibungen deckt. Im Vorjahr ergab sich ein Verlust von 516 482 ℳ. Die am 31. Dezember 1917 von der hprog. Hypothekarankasse noch nicht begebenen 575 900 ℳ gelangten zu Beginn des Berichtsjahres zur Veräußerung. Nach Berücksichtigung von 212 472 ℳ (102 127 ℳ) Zugängen und 263 173 ℳ (227 851 ℳ) Abschreibungen stehen die Anlagen mit 3 499 501 ℳ (3 550 202 ℳ) zu Buche. Die Außenstände betragen 146 140 ℳ (180 826 ℳ). Vorräte sind mit 152 797 ℳ bewertet. Andererseits werden Kreditoren mit 1 007 717 ℳ, darunter 840 078 ℳ Bankschulden, ausgewiesen. — Kaliwerke Rothehof G. m. b. H. Die Abteilarbeiten im Schachte der Kaliwerke Rothehof G. m. b. H. konnten noch nicht wieder aufgenommen werden.

Portland-Zement-Fabrik Drachenberg, A.-G., Walbeck (Kreis Gardelegen). Der Abschluß für 1918 ergibt einen Ueberschuß von 145 931 ℳ, der zu Abschreibungen verwendet wird. Demnach verbleibt der Verlustvortrag aus 1917 mit 730 365 ℳ in gleicher Höhe bestehen.

Fahrzeugfabrik Eisenach. Der Abschluß für 1918 ergibt einschließlich des Vortrags einen Rohgewinn von 4 290 949 M. (i. V. 4 330 850). Handlungsunkosten erforderten 452 289 M. (313 359) und Provisionen und Zinsen 744 815 M. (226 612). Für Steuern wurden verausgabt 672 296 M. (2 132 629) und für Sozialversicherungen 195 298 M. (131 570). Nach Abschreibungen von 1 517 803 M. (108 193) verbleibt ein Reingewinn von 707 443 M. (1 378 885). Davon: Talonsteuer 29 005 M. (6000), vertragliche Tantiemen und Vergütungen 130 473 M. (243 930), 10 Proz. Dividende (25 Proz., wobei 1,2 Mill. M. Aktien für ein halbes Jahr dividendenberechtigt waren) auf 4,5 Mill. M. Aktienkapital dem Aufsichtsrat 15 000 M. (72 500) und Neuvortrag 82 965 M. (118 046). Die Umleitung auf Friedensarbeit konnte unter der Einwirkung der weiter wesentlich verschlechterten Materialbeschaffungs- und Verkehrsverhältnisse nur schrittweise geschehen. Ein Anspruch auf entgangenen Gewinn wegen aufgekündigter Kriegsaufträge wurde abgesprochen. Sofort hat die Gesellschaft alle erforderlichen Schritte getan, um reichlichen ihre Friedensfabrikation, den Kraftwagenbau, auf einer den erweiterten Werksverhältnissen und der während des Krieges neugeschaffenen Verkaufsorganisation entsprechenden Grundlage einzurichten und zu gleicher Zeit nahm sie die Herstellung von Fahrzeugen in dem in der Kriegszeit vorbereiteten Umfange wieder auf. Zur Erweiterung des Fabrikationsprogamms übernahm sie sodann die Herstellung von Rehölmotoren.

Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Akt.-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 25 Proz. festgesetzt und die Aenderung der Firma in Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Akt.-Ges. und Chemische Fabriken beschlossen. Die Verwaltung teilte hierzu mit, daß nach Aufhören der Heeresaufträge die Verwaltung dazu übergehen mußte, sich umzustellen, und daß man sich künftighin auf chemischem Gebiet betätigen werde.

Vorpommersche Gesellschaft Hibernia in Berne. Von dem für 1918 abzüglich aller laufenden und außergewöhnlichen Betriebsausgaben, sowie der Anleihezinsen von 623 420 M. (im Vorjahr 645 820 M.) verbleibenden Rohgewinn sollen 10 051 281 M. (6 801 216) zu Abschreibungen, 750 000 M. (150 000) für Talonsteuer-Rücklage und 450 000, also wieder 4½ Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien verwandt, von dem Rest aber die Verteilung einer Dividende von 7½ Proz. auf die Stammaktien vorgeschlagen werden (für 1917 wurden 11 Proz. verteilt, davor 15, 11, 8 und 15 Proz.).

Konsolidierte Alkaliwerke Westeregeln. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, unter teilweiser Heranziehung stiller Reserven die Dividende auf die Stammaktien mit 10 Proz. (wie i. V.) in Vorschlag zu bringen. Was die bevorstehenden Statutenänderungen betrifft, so handelt es sich einerseits um eine anderweitige Regelung der Bezüge des Aufsichtsrats. Ferner wird vorgeschlagen, daß die in den jetzigen Statuten vorgesehene Dotierung der besonderen Reserve, die nach der Ausschüttung auf die Vorzugsaktien und vor der Dividendenzahlung auf die Stammaktien zu erfolgen hat, in Wegfall kommen soll.

Bautzner Tuchfabrik A.-G. Der Aufsichtsrat schlägt für 1918/19 auf das erhöhte Aktienkapital von 850 000 ℳ (i. V. 600 000 ℳ) wieder 16 Proz. Dividende vor.

Chemische Fabrik Griesheim-Elektron. Die Gesellschaft verteilt nach 5 658 700 ℳ (i. V. 5 002 600 ℳ) Abschreibungen aus einem Reingewinn von 4 516 200 ℳ (9 651 071 ℳ) 7 Proz. (22 Proz.) Dividende. 1 437 200 ℳ (1 362 825 ℳ) werden neu vorgetragen.

Felten u. Guilleaume Carlswerk, A.-G. in Köln-Mülheim. In der Hauptversammlung waren 26 Aktionäre und 40 472 000 M. Aktien vertreten. Der Jahresabschluß wurde einstimmig genehmigt, der Verwaltung ebenso Entlastung erteilt und der vorgeschlagenen Verteilung des Reingewinnes zugestimmt; die Dividende von 10 Proz. ist sofort zahlbar. Die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats wurden wiedergewählt.

Geldmarkt und Banken

Erhöhung des Leihgebührsatzes der Reichsbank. Das Reichsbankdirektorium hat laut „Sparkasse" unter dem 19. Mai nachstehendes Schreiben an den Deutschen Sparkassen-Verband gerichtet: „Wir haben uns infolge vielfach an uns herangetretener Wünsche entschlossen, für einzelne Gattungen von Leihpfändern, auf deren Hergabe wir besonderen Wert legen, den Leihgebührsatz zu erhöhen. In Zukunft werden wir folgende Sätze verzinsen: 1. allgemeine Leihgebühr ½ Proz. p. a. wie bisher, 2. der vorstehende Satz wird bei Hergabe von Pfandbriefen und Kommunal-Obligationen deutscher Hypothekenbanken, landschaftlichen Pfandbriefen und Provinzialanleihen, deren wir zur Hinterlegung im neutralen Ausland bejonders bedürfen, auf ¾ Proz. p.a. erhöht, falls die Hergabe auf wenigstens zwei Jahre fest erfolgt. Unserseits kann die Rückgabe der Effekten jederzeit vorgenommen werden. Die den Mitgliedern Ihres Verbandes zugestandene Sondervergütung von ¼ Proz. p. a. wird nach wie vor gewährt."

Leipziger Bankverein. Die außerordentliche Generalversammlung, die über eine Statutenänderung betreffs etwaigen Verkaufs des Grundstücks Plauenscher Hof beschließen sollte, war nicht beschlußfähig, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit des Aktienkapitals nicht vertreten war. Es soll deshalb auf den 21. Juni eine neue Generalversammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die vertretenen Stimmen beschlußfähig ist. Die Direktion teilte mit, daß zurzeit gewisse Aussichten vorhanden sind, das gedachte Grundstück zu veräußern, der Abschluß sei aber um deswillen schwierig, als nach den derzeitigen Satzungsbestimmungen die Veräußerung von der Genehmigung der Generalversammlung abhängig ist. Ob der Reflektant das Gebot auf unbestimmte Zeit aufrecht erhalten werde, wisse man nicht.

* **Allgemeine Deutsche Kreditanstalt in Leipzig.** (Drahtbericht.) Die Bank errichtet am 4. d. Mts. eine Zweigstelle in Borna, Bezirk Leipzig.

* **Eisenacher Bankgesellschaft Brauß & Höberlein in Eisenach.** (Drahtbericht.) Im Konkurs über das Vermögen der Gesellschaft soll Schlußverteilung erfolgen. Zu berücksichtigen sind Forderungen im Betrage von 1 620 843 Mark. Zur Verteilung sind 72 164 Mark verfügbar.

Hundert-Millionen-Anleihen sächsischer Gemeinden. Der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden zu Dresden ist die mintisterielle Genehmigung für zwei Anleihen im Gesamtbetrage von 100 Millionen Mark erteilt worden.

Schließung der Wiener Börse. Die Friedensbedingungen für Deutschösterreich riefen einen derart niederschmetternden Eindruck hervor, daß die Börsenkammer im Sinne der gesamten Mitglieder der Börse verfügte, die Börse einstweilen am 3. und 4. Juni geschlossen zu halten.

Industrie, Handel, Handwerk

Zusammenbruch des Kohlenbergbaues. In der Hauptversammlung des Mülheimer Bergwerkvereins machte der Vorsitzende Hugo Stinnes bemerkenswerte Ausführungen über die Lage im Kohlenbergbau. Er wies darauf hin, daß, während man im Jahre 1918 in den ersten vier Monaten einen Ueberschuß von 865 159 M. trotz des erhöhten Wagenmangels erhalt habe, ergibt sich in den ersten vier Monaten 1919 ein Betriebszuschuß von nicht weniger als 1 609 943 M., wovon allein 703 640 M. auf den April entfallen. Wenn die heutigen Verhältnisse sich nicht bald von Grund auf ändern, steht man vor dem Zusammenbruch des Ruhrkohlenbergbaues. Der Redner schätzt die Betriebsverluste, die der rheinisch-westfälische Bergbau seit Ausbruch der Revolution erlitten hat, auf nicht weniger als ½ Milliarde Mark. Dabei sehe man in Berlin des Allheilmittel lediglich in der Organisation und Ueberorganisation, anstatt möglichst dem freien Wettbewerb zuzustreben. Die G.-V. stellte 10 Proz. Dividende sofort zahlbar.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. In Erwartung der Entscheidung der Friedensfrage war der Verkehr allgemein sehr zurückhaltend, wobei anfänglich bei unregelmäßiger Kursbildung die Grundstimmung ziemlich fest war. Später bröckelte der Kursstand für die führenden Schiffahrts- und Montanwerte allgemein ab, so daß Hansa, Gelsenkirchen und Phönix bis 3 niedriger waren und die anfänglichen leichten Kursgewinne anderweit wieder verloren gingen. Sehr fest lagen die Farbwerte, sowie Bergmann und elektrische Aktien. Ausländische Werte waren mäßig rückgängig. Desgleichen Oversteen und Deutsche Kali. Kriegsanleihe 76,4 bis 76¼. Alte heimische und österreichisch-ungarische Renten fest, still und wenig verändert. Der Abbrödelungsprozeß setzte sich im Verlaufe bei allgemeiner Lustlosigkeit auch dem Schiffahrts- und Montanmarkte fort. Der Einheitskurs für Industriewerte war überwiegend mäßig nachgebend.

Produktenbericht. Das kühle Wetter hält an. Leider ist es noch nicht zum Regen gekommen, ein Wunsch, der auf dem Lande herrscht. Im hiesigen Verkehr findet reges Geschäft in Lupinen statt. Für die Durchschnittssorte werden 240—45 Mark bezahlt. Im Kleinverkehr ist es sehr still. Grasflächen sind teilweise gefroren. Das Interesse für Serradella scheint ziemlich geschwunden zu sein. Von Heu sind kaum Zufuhren zu verzeichnen. Größere noch vorhandene Posten sind nur mit großen Schwierigkeiten freizubekommen. Stroh: matt.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	110.—
Halberstadt-Blankenb.	86.75	Gebhardt u. Co.	[illegible]
Halle-Reitstedter	[illegible]	Gelsenkirch. Bergb.	71.50
Schantungbahn	122.50	Glanzstoff Zuckerfbr.	174.25
Allg. Lokal-Str.	124.25	Hallesche Masch.-Fabr.	245.—
Gr. Berl. Str.	74.—	Hann. Masch.	274.—
Magdeburger Str.-B.	—.—	Hannover Berg	148.—
Lnz. Prin.-Heinrich.-B.	234.00	Hasper Eisen	174.50
Orientbahn	[illegible]	Hirsch Kupfer	174.50
Schiffahrts-Akt.:		Höchster Farbw.	174.—
Hambg. Paketfahrt	86.—	Hoesch Eisen u. Stahl	174.—
Hambg.-Südamerika	146.00	Hohenlohe-Werke	122.—
Hansa-Dampfschiff	191.—	Humboldt-Masch.	[illegible]
Nordd. Lloyd	90.¾	Ilse-Bergbau	116.75
Banken:		Kahla-Porzellan	281.—
Bank für Thür.	—.—	Kaliw. Aschersleben	174.—
Berl. Handelsgesellsch.	144.25	Köln-Bed. Zucker-Akt.	156.—
Comm u. Diskontobank	123.—	Kyffhäuserhütte	—.—
Darmstädter Bank	105.—	Lahmeyer u. Co.	[illegible]
Dess. Landesbank	—.—	Laurahütte	112.50
Deutsche Bank	203.—	Linke u. Hofmann	134.—
Diskonto-Comm.	145.—	Ludwig Loewe u. Co.	225.50
Dresdner Bank	125.—	Lothringer Hütte	252.—
Credit-Anst. Leipzig	129.—	Mannesmannröhren	174.—
Mitteld. Kreditbank	111.50	Oberschl. Eisenb.-Bed.	101.—
Priv.-Bank	110.—	do. Caro Heg.	101.—
Nationalbank	—.—	do. Kokswerke	182.—
Oesterr. Kredit	—.—	Orenstein u. Koppel	151.25
Reichsbank	145.—	Phönix-Bergb.	192.50
Industrie-Aktien:		Rhein. Metall-Vorz.	174.—
Schultheiss-Brauerei	233.—	Rhein Stahlwerken	134.75
Akt. f. Anilin	216.25	Riebeck Montan	106.—
Allgem. Elektr.-Ges.	126.75	Rombacher Hütten	141.25
Ammendorfer Papierf.	—.—	Rositzer Braunk.	176.75
Anhalter Kohlenw.	154.—	Rositzer Zucker	147.—
Annaberger Steingut	161.50	Sangerhäuser Masch.	241.—
Badische Anilin	241.—	Hugo Schneider u. Co.	172.75
Bergmann-Elekt.-Akt.	146.—	Schuckert u. Co.	117.—
Berl. Masch.-Bau	184.—	Siemens u. Halske	172.50
Bismarckhütte	170.25	Stettiner Vulkan	144.75
Bochumer Gußstahl	164.—	Stollberger Zink	100.25
Chem. Fabrik Buckau	—.—	Stralsk. Spielkarten	141.50
Chem. Griesheim	171.75	Thale-Eisenhütte	176.50
Chem. v. Heyden	185.25	Triptis-Akt.-Ges.	164.—
Consolidation Schalke	—.—	Türkische Tabakregie	147.—
Cröllwitzer Papierfabr.	—.—	Ver. Köln-Rottweiler	429.—
Daimler-Motoren	173.50	Glanzstoff Elberf.	186.50
Deutsch-Luxemburg	138.50	Wegelin u. Hübner	463.—
Deutsche Liebersee-El.	218.—	Wersch.-Weissenf. Brk.	177.—
Deutsche Erdöl	260.—	Westeregeln-Alkali	207.—
Deutsche Gasglühl.	284.50	Wittener Gußstahl	138.—
Deutsche Kali	192.50	Wrede-Mälzerei	135.—
Deutsche Waff. u. Mun.	207.—	Zelch.-Kriebitsch. Brk.	161.—
Donnersmarckhütte	194.—	Zeitzer Masch.	250.50
Döring u. Lehrmann	42.—	Zellstoff Walthof	135.—
Dürkoppwerke	—.—	Otavi-Minen	112.25
Elberfelder Farben	—.—		
Felten u. Guilleaume	150.—		

Gewinn-Auszug
der
13. Preuss.-Südd. (239. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 22. Ziehungstag — 2. Juni 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 10000 M. 154589

4 Gewinne zu 5000 M. 16065 161807

54 Gewinne zu 3000 M. 25259 26461 29142 35598 38105 40968 [illegible]

150 Gewinne zu 1000 M. 190 705 5435 5852 6892 7400 23089 24706 [illegible]

[illegible]

202 Gewinne zu 500 M. 1616 4398 5093 6497 7380 11115 11288 [illegible]

[illegible]

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 1000 M und die Prämie zu 300000 M 37244

4 Gewinne zu 5000 M 10843* 217933

90 Gewinne zu 3000 M 3193 8762 12232 22843 51444 53850 [illegible]

[illegible]

Hauptschriftleiter Heinrich Böttcher (Merseburg).
Verantwortlich für den politischen Teil: L. B. Hans Helling; für den wirtschaftlichen und Handels-Teil Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil Adolf Kern.
Anzeigenteil: Paul Kerben, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallschen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Worrich.

Karl Preisser,
Schimmelstr. 18 Halle a. S. Tel. 1871.
Neue Rang-, Grad- und Mützen-
:: Abzeichen für die Reichswehr ::
einschl. Grenzschutztruppen
nach Vorschrift am Lager.
Die Abzeichen für die neue Reichswehr sind gemäss Armeeverordnungsblatt genehmigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906041-13/fragment/page=0004